

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1008/4-II/7/92 | 25 |

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:
Koär. Mag. Gauss
Telefon:
51 433 / 1826 DW

Entwurf eines Bundesgesetzes über Sicherheit und
Gesundheitsschutz bei der Arbeit
(Arbeitsschutzgesetz - ASCHG);
Zahl 61.005/5-3/92.

An den
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
Dr. Karl Renner Ring 3
1010 Wien

BOMIN GESETZENTWURF	
Zl. 123	GE/19 P2
Datum: 10. NOV. 1992	
Verteilt 12. Nov. 1992	

Sofort

H. Hager

Im Sinne der Entschließung des Nationalrates betr. die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwürfe beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen, beiliegend seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellten und mit Note vom 21. September 1992, do. Zahl 61.005/5-3/92 versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz - ASCHG) zu übermitteln.

Anlage

23. Oktober 1992

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Signature]

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1008/4-II/7/92

Entwurf eines Bundesgesetzes über Sicherheit und
Gesundheitsschutz bei der Arbeit
(Arbeitsschutzgesetz-ASCHG);
Zahl 61.005/5-3/92

DVR: 0000078
Himmelpfortgasse 4-8
Postfach 2
A-1015 Wien
Telex 111688
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:
Koär. Mag. Gauss
Telefon:
51 433 / 1826 DW

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 Wien

Zu dem mit Note vom 21. September 1992, do. Zahl 61.005/5-3/92, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz - ASCHG) teilt das Bundesministerium für Finanzen mit, daß es dagegen grundsätzlich kein Einwand hat. Was den in den finanziellen Erläuterungen des Entwurfes dargetanen Personalmehraufwand künftighin anbelangt, so wird eine konkrete Entscheidung darüber im Rahmen der Planstellenverhandlungen zum jeweiligen Bundesvoranschlagsentwurf erfolgen, wobei das Bundesministerium für Finanzen allerdings darauf Bedacht nehmen wird, daß in den vergangenen Jahren Planstellen aus dem Bereich der Arbeitsinspektion zur Zentralleitung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales im Wege der Umwandlung abgezogen wurden, obgleich zur selben Zeit vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales immer wieder auf ein Planstellenmehrerfordernis im Bereich der Arbeitsinspektion hingewiesen wurde.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zur Verfügung gestellt.

23. Oktober 1992

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

